

Präsidentin der europäischen Lebensmittelbehörde gehört zur Gentech-Lobby

Utl.: Greenpeace fordert die Einrichtung einer unabhängigen Lebensmittelbehörde =

Wien (OTS) - Die Umweltorganisation Greenpeace übt heftige Kritik an der gestern bekannt gewordenen Doppelrolle der Präsidentin der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) Prof. Diana Bánáti. Diese sitzt nämlich gleichzeitig im Vorstand des ILSI (International Life Sciences Institut), einer großen Lobby-Vereinigung der Gentech-Industrie. Bislang wurde dieser Interessenskonflikt von Diana Bánáti verschwiegen. José Bové, Mitglied der Grünen Fraktion im Europäischen Parlament, hat diese Verbindung nun aufgedeckt. "Die Gentech-Industrie hat ihre Leute inzwischen bis in die Spitze der wichtigsten Lebensmittelbehörde, der europäischen EFSA, geschleust. In dieser Form ist die EFSA nicht mehr als eine Alibi-Einrichtung zur Scheinprüfung von Gentech-Pflanzen. In Anbetracht der Lage brauchen wir ein sofortiges EU-weites Moratorium auf alle weiteren Gentech-Zulassungen", kommentiert Philipp Strohm, Gentechnik-Sprecher von Greenpeace.

Die Ungarin Prof. Diana Bánáti ist seit Juli 2008 Präsidentin der europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit. Die Aufgabe der EFSA ist es, auf wissenschaftlicher Basis die Sicherheit von Lebensmitteln für rund 500 Millionen Menschen in Europa zu prüfen. ILSI hingegen, ist eine der größten privaten Lobby-Vereinigungen der Gentechnik-Industrie. Sie besteht aus Mitgliedern wie Monsanto, Bayer, BASF oder Syngenta. Bánátis Position innerhalb dieser Vereinigung widerspricht direkt ihrem Amt als Präsidentin der EFSA.

Die EFSA hat seit ihrem Bestehen noch keine einzige Gentech-Pflanze abgelehnt. Der Beurteilung der EFSA entsprechend, schlägt die Europäische Kommission die jeweilige Pflanze den Mitgliedstaaten zur Zulassung vor. Hier gab es in der Vergangenheit häufig Streit, da einige Staaten, darunter Österreich, das Risiko des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) erkennen. Um diesen Streit zu umgehen, hat die Kommission jetzt vorgeschlagen, den Anbau in Zukunft nationalstaatlich zu regeln. Greenpeace sieht in dieser Vorgehensweise Gefahren. Der Vorschlag würde zwar die Möglichkeiten Österreichs für Verbote von GVO erweitern, insgesamt

würde dadurch aber der Anbau von GVO in Europa steigen, da GVO-freundliche Länder dann leichter anbauen könnten.

"Gentech-Pflanzen sind ein internationales Problem, wir brauchen daher auch internationale Lösungen. Der erste Schritt wäre eine unabhängige Lebensmittelbehörde einzurichten, die für die Sicherheit der Menschen arbeitet, nicht für sichere Umsätze der Gentech-Industrie", fordert Strohm abschließend.

Rückfragehinweis:

Philipp Strohm, Gentechniksprecher Greenpeace, +43 664 612 67 21

Melanie Beran, Pressesprecherin Greenpeace, +43 664 612 67 18

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/99/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0084 2010-09-30/10:11

301011 Sep 10

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100930_OTS0084